

ten Anforderungen, die heute im Hinblick auf den sozialgeschichtlichen Kontext zu stellen sind. Man müht sich durch lange Zitate, die den Fluß der Darstellung hemmen und teilweise aus Dokumenten stammen, welche schon im Textband erscheinen. Selten nur wird ein Vorstoß zur originalen, die partei-, staats- und gesellschaftsgeschichtlichen Zusammenhänge hinreichend berücksichtigenden Analyse deutlich. Hierzu hätte es allerdings einer ausgedehnten Rezeption der neueren Forschungen bedurft. Weder die Darstellung noch das kümmerliche Literaturverzeichnis lassen vermuten, daß eine solche stattgefunden hat. Der Autorin scheinen sogar die für die historische Einordnung und Wertung Paul Levis unmittelbar relevanten Arbeiten von Werner T. Angress¹⁾ und Bernd Dieter Fritz²⁾ nicht bekannt gewesen zu sein. Als Vorzüge bleiben einige Ausführungen zur Person, so z. B. auf S. 118: »Kam man in dieser Zeit in den Reichstag, fand man ihn allein im Wandelgang, ein Einzelgänger im Sinne des Worts; ein Verbannter aus eigenem Willen, eine isolierte Figur zwischen den beiden bestehenden Richtungen der Arbeiterbewegung, stand er jenseits der Partei, der er angehörte, jenseits sogar der Opposition, die er führte, und abseits der Menschen, mit denen er umging. Er war für jeden zu sprechen, er sprach nie von sich, sagten die Nachrufe naher Freunde und Mitarbeiter nach seinem Tode. So hat er wohl nie ausgesprochen, daß die Tragödie der Entwicklung des Kommunismus ihn auch als Person unheilbar verletzt hat. Man muß es schließen. Seine Isolierung bei den Sozialdemokraten brachte ihn auf, machte ihn zum Verächter, zersplitterte seine Energien; aber die Wunde hat er schon zu ihnen mitgebracht.«

Kurt Klotzbach

Hans J. L. Adolph, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894 – 1939. Eine politische Biographie (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 33), Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1971, 386 S., Ln., 46 DM.

Im Mittelpunkt der politischen Biographie von Hans J. Adolph stehen Inhalt und Funktion sozialdemokratischer Politik in der Weimarer Republik, wobei Otto Wels, seit Juni 1919 neben Hermann Müller Vorsitzender der MSPD, als typischer Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie in dieser Epoche gewertet wird. Der Weg zum Parteivorsitzenden war für Müller und Wels mit der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten und der Berufung Scheidemanns zum Reichskanzler freigeworden. Während Hermann Müller als geschäftsführender Fraktionsvorsitzender hauptsächlich mit parlamentarischen Aufgaben beauftragt war, kümmerte sich Otto Wels um die Leitung und Organisation der Partei.

Adolph unterläßt es, direkte Hinweise auf sein methodisches Vorgehen zu geben. Dennoch ist leicht festzustellen, daß seine Darstellung stark von Erich Matthias³⁾ beeinflusst ist, insofern er sich durchgängig auf eine von jedem ökonomischen Kontext losgelöste Entwicklung der Partei und des Aufstiegs von Otto Wels in dieser beschränkt. Mit der Wahl eines solchen unreflektierten methodischen Ansatzes wird von vornherein deutlich, daß Adolphs Untersuchung keineswegs darauf abzielt, eine kritische Darstellung der Entwicklung der SPD zu liefern. Adolphs begrüßenswertes Bestreben, Verständnis für

¹⁾ Werner T. Angress, *Stillborn Revolution. The Communist bid for power in Germany, 1921 – 1923*, Princeton, New Jersey, 1963.

²⁾ Bernd Dieter Fritz, *Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPD und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen »Rechts«-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik*, Phil. Diss. Bonn 1966.

³⁾ Erich Matthias, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: Matthias/Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 101 – 278.

die Politik der SPD zu wecken, gerät so in Gefahr, zu einer nachträglichen Rechtfertigung der Handlungsweise eines prominenten Sozialdemokraten zu werden, ohne kritische Reflexion über die Funktion der Partei in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Indem Adolph seine Untersuchung in ganz erheblichem Maße auf nachträglich vorgenommene mündliche und schriftliche Befragungen stützt, ohne dem Leser Aufschluß über die Methoden der Befragung und die Auswahl der Befragten zu geben, womit ein erheblicher Teil des Quellenmaterials samt den vom Verfasser gezogenen Schlüssen unkontrollierbar bleibt, gibt er eine unkritische Einstellung zum Untersuchungsgegenstand zu erkennen. Entsprechend dem deskriptiven Ansatz von Adolph bleibt die Frage nach den Ursachen des politischen Verhaltens der Sozialdemokratie, dargestellt am Beispiel von Otto Wels, unbeantwortet. Der Vermerk, diesen Gegenstand in die Untersuchung miteinzubeziehen, hätte bedeutet, daß die politische Konzeption der Partei, d. h. die ihr nach ihrem Selbstverständnis zukommende Rolle in den Klassenauseinandersetzungen, hätte analysiert werden müssen. So bleibt Adolph im Rahmen der von Otto Wels mitformulierten politischen Konzeption der SPD in der Weimarer Republik, die gekennzeichnet ist durch die Identifizierung mit dem bürgerlich-demokratischen Staat. Damit aber verstellt sich der Verfasser den Blick auf die tatsächlich vorhandenen Klassenverhältnisse und verkennt die Möglichkeiten und Grenzen legaler Reformpolitik, deren letztes Ziel ja der allmähliche bruchlose Übergang zum Sozialismus sein sollte. Otto Wels' Ausführungen auf dem Leipziger Parteitag, in denen er die »Volksgemeinschaft« als Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik propagierte¹⁾, lassen den Schluß zu, daß nach dieser Vorstellung ein unvereinbarer Gegensatz von Klasseninteressen in einem bestimmten Stadium des Kapitalismus nicht mehr vorhanden ist. Die Theorie von der Existenz »sozialistischer Fundamente« im organisierten Kapitalismus²⁾ bedeutet für die SPD konsequenterweise die Aufgabe, die reibungslose Weiterentwicklung der bestehenden Gesellschaftsordnung zu fördern.

Dagegen hätte von Adolph stärker herausgearbeitet werden müssen, wie die organisatorische Stärke der Parteiführung die Entwicklung politischer Alternativen hemmte. »Sozialistische Gesinnung«, d. h. abstrakter Glaube an eine künftige sozialistische Gesellschaftsordnung abseits aller politischen Realität, wurde von der Parteiführung um so stärker propagiert, je weiter sich die reformistische Praxis von diesem Ziel entfernte. Die Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse beim Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, deren Politik keiner wirksamen demokratischen Kontrolle unterworfen war, und die parallellaufende Abwertung der Funktion von Parteitag zu Akklamationsstätten für die Parteiführung ließen kaum mehr konkrete Alternativen zu. Deutlich wurde dies nicht zuletzt an der autoritären Praxis der Parteiführung gegenüber opponierenden Parteimitgliedern, insbesondere gegenüber der Gruppe um Seydewitz, Ströbel und Eckstein, die die Tolerierungspolitik des Parteivorstandes gegenüber der Regierung Brüning ablehnte. Bei derartig opponierenden Gruppen und Personen schreckte der Parteivorstand nicht davor zurück, den in der Partei weit verbreiteten Antikommunismus zu mobilisieren, um diese Gruppen zu diffamieren. Selbst in der Emigration wurde dieses Mittel weiter benutzt (S. 312 ff.).

Die Beurteilung des Verhältnisses von SPD und KPD ist bei Adolph wesentlich geprägt durch seine eigenen Ansichten über die Kommunistische Partei. Für Adolph ist die KPD eine der beiden die Republik bedrohenden »totalitären Bewegungen« (S. 224 ff.); die Gleichartigkeit von Faschismus und Kommunismus wird als selbstverständlich vorausgesetzt, der Begriff »Totalitarismus« völlig unkritisch verwandt. Indem Adolph das

¹⁾ *Protokoll Parteitag Leipzig 1931*, S. 15.

²⁾ So die Ausführungen Tarnows auf dem Leipziger Parteitag, a. a. O., S. 50.

Problem des Verhältnisses zwischen SPD und KPD auf einzelne Aspekte angeblicher Einheitsfrontangebote von seiten der SPD reduziert, gelingt es ihm, die Frage nach Inhalt, Funktion und politischer Konsequenz des in der Partei vorhandenen Antikommunismus auszuklammern (S. 227). Die Frage, welche Einsichten Otto Wels in die Ursachen des Faschismus in Deutschland hatte, wie stark bei ihm das Bewußtsein der Gefahr entwickelt war, wird mit wenigen Sätzen abgetan (S. 231). Adolph unterläßt es in seiner Untersuchung, darauf hinzuweisen, daß die SPD auf Grund ihrer reformistischen Theorie und Praxis gar nicht in der Lage war, die Ursachen des Anschwellens der faschistischen Bewegung in Deutschland zu begreifen. Nur von daher ist nämlich die Frage zu beantworten, warum in der SPD auf so einschneidende Ereignisse wie die Absetzung der preußischen Regierung am 20. Juli 1932 und die »Machtergreifung« keine effektiven politischen Reaktionen erfolgten und die Partei sich aller Aktionen enthielt, die über Wahlpropaganda hinausgingen. Gewiß erforderte die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 im Reichstag von seiten der sozialdemokratischen Fraktion angesichts des faschistischen Terrors persönlichen Mut. Die Feststellung des Verfassers, daß allein die deutsche Sozialdemokratie mit diesem Votum die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur zu verhindern versucht habe (S. 265), übersieht die Tatsache des bereits zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbots der KPD. Hans Peter Ehni

Ernst Thape, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Hannover 1969, 364 S., Ln., 22 DM.

Nur relativ wenige deutsche sozialdemokratische Politiker haben in jüngster Zeit Memoiren veröffentlicht. Mentalität und Geschichtsbild, politische und persönliche Erfahrungen als Determinanten politischen Verhaltens von Sozialdemokraten, die das politische Geschehen im Nachkriegsdeutschland beeinflusst haben, sind dem analysierenden Historiker nur mit großer Mühe erschließbar.¹⁾ Angesichts dieses Umstandes dürfen die Erinnerungen eines SPD-Funktionärs auf besonderes Interesse rechnen, zumal der Verlag seine Biographie als typisch »für einen Teil seiner Generation« ansieht. Nach der Lektüre freilich ist zu fragen, ob der Lebensweg Thapes, geboren 1892, mit seinen vielen originellen Eigenheiten, nicht zuletzt solchen der politischen Konfession, auch nur für eine Generation politisch aktiver Sozialdemokraten repräsentativ ist.

Thape, Sohn eines sozialdemokratischen Fabrikarbeiters, ist vom Elternhaus aus und während der Lehr- und Wanderjahre als Schlosser früh mit den Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterbewegung des kaiserlichen Deutschland vertraut geworden. 1913 zum Wehrdienst einberufen, begab er sich in die Schweiz, wo er seit Kriegsbeginn 1914 nur illegal arbeiten und studieren konnte. In der Schweiz wurde er mit den damals in Europa aktuellen sozialistischen Theorien und Richtungen bekannt und gewann einen, wie es scheint, nicht parteigebundenen, internationalistisch-sozialistischen Standpunkt. 1921 erst kehrte er nach Deutschland in seine Heimatstadt Magdeburg zurück und arbeitete bis 1933 als Redakteur der dortigen sozialdemokratischen »Volksstimme«. Er, der an Krieg und Revolution nicht teilgenommen hatte, fand sich nur schwer in der »politischen Wirklichkeit Deutschlands« zurecht: »Ich erstaunte: Man polemisierte und kämpfte gegen einen Feind, den man Reaktion nannte, wie man früher gegen den Kaiser gekämpft hatte, aber man sagte nie, wofür gekämpft werden sollte, man sagte aber nie: ›Wir wollen und wir bauen das neue Deutschland.« (S. 60) Durch seine Tätigkeit wurde Thape mit zahlreichen damaligen und späteren Repräsentanten der SPD (u. a. Löbe, Ollenhauer, Deist) bekannt; er selbst gelangte jedoch zunächst nicht in hohe Parteipositionen. 1933 wurde er arbeitslos.

¹⁾ Vgl. das methodische Experiment von Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967.